

Günther Sandner, Boris Ginner (Hg.)

EMANZIPATORISCHE BILDUNG

Wege aus der sozialen Ungleichheit

mandelbaum verlag

Gedruckt mit Unterstützung der Stadt Wien Kultur
und der Wiener Arbeiterkammer



mandelbaum.at • mandelbaum.de

ISBN 978-3-85476-894-4

© mandelbaum verlag, wien • berlin 2021
alle Rechte vorbehalten

Lektorat: ELVIRA M. GROSS
Satz: KEVIN MITREGA
Umschlag: MARTIN BIRKNER
Druck: PRIMERATE, Budapest

Inhalt

RENATE ANDERL

- 7 Vorwort

BORIS GINNER, GÜNTHER SANDNER

- 8 Emanzipatorische Bildung – eine Einleitung

MARTINA ZANDONELLA

- 13 Wie viel (Bildungs-)Ungleichheit verträgt die Demokratie?

SONJA LUKSIK

- 26 Uns aus dem Elend zu erlösen – kann nur die Bildung tun?

SABINE LETZ, PIA LICHTBLAU

- 39 Der Kampf gegen soziale Ungleichheit
und der Beitrag der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit

ILKIM ERDOST

- 49 Emanzipatorische Bildungssettings
in der Offenen Jugendarbeit

STEFAN BARTL, ARMINA PRAMENKOVIC

- 60 Emanzipatorische Bildung
im dualen Lehrausbildungssystem

GÜNTHER SANDNER

- 73 Soziale und politische Ungleichheit
an Österreichs Hochschulen

PHILIPP SCHNELL, BARBARA ROTHMÜLLER

- 85 Bildungsungleichheiten: Reproduktionsmechanismen
und illegitimes kulturelles Kapital in der Schule

VERENA HOHENGASSER, SIMONE PESCHEK, FELIX STADLER
101 Soziale Ungleichheit im Klassenzimmer

GERD VALCHARS, JUDITH KOHLENBERGER
114 Vom Bildungs- zum Wahl(rechts)ausschluss:
das Spannungsfeld Bildungsmobilität,
demokratische Partizipation und Migration

STEFANIE GÖWEIL
127 Das Geschlecht der Bildung

LAURA WIESBÖCK
144 Scham als Instrument sozialer Kontrolle

BORIS GINNER
154 Gemeinsam sind wir stark – ein Praxisbeispiel

SUSANNE HASLINGER
167 Der Sozialstaat als Thema emanzipatorischer Bildung

GABRIELE PESSL, MARIO STEINER
180 COVID-19 und Distance-Schooling:
Folgt aus der Gesundheits- nun auch eine Bildungskrise?

197 Autor*innen

Vorwort

Ausbildung ist notwendig, um Menschen auf spätere Herausforderungen vorzubereiten. Bildung ist für die Arbeiterkammer (AK) aber mehr als die Sicherstellung des »Funktionierens« im System. Bildung ist mehr als die bloße Verabreichung von Wissen.

Bildung, wie wir sie verstehen, fördert die Persönlichkeitsentwicklung, den Intellekt, die Kreativität. Es geht um die Entfaltung unterschiedlicher Begabungen genauso wie um die Förderung von Gesundheit und körperlicher Entwicklung. Bildung muss klar vermitteln, dass die Welt und die Zustände, die wir erleben, nicht vom Himmel gefallen sind. Sie muss kritisches Hinterfragen fördern und so aktive Teilhabe an der Gestaltung der Gesellschaft ermöglichen.

Bildung bedeutet für die Arbeitnehmer*innenbewegung daher nicht Unterordnung, Gehorsam oder Zurichtung für bestehende gesellschaftliche Verhältnisse. Bildung ist vielmehr ein Beitrag zur Emanzipation, zur gesellschaftlichen Veränderung und zu sozialem Fortschritt.

Die Geschichte gibt uns recht: Emanzipatorische Ansätze und Demokratisierung haben gesellschaftliche Veränderungen und soziale Errungenschaften ermöglicht, die heute selbstverständlich für uns sind. Dazu zählen geregelte Arbeitszeiten, das Recht auf bezahlten Urlaub, Interessenvertretung durch Betriebsräte, verlässliche Absicherung im Alter, bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit – sprich: unser Sozialstaat. Das alles ist aber nicht in Stein gemeißelt, und der Weg ist noch längst nicht zu Ende.

Denn soziale Ungleichheit ist auch heute Realität, das zeigt sich gerade bei der Bildung: Sie wird nach wie vor vererbt – nicht Talent oder Leistung zählt, sondern die soziale Herkunft. Die AK setzt sich für eine Gesellschaft ein, in der nicht wenige Menschen auf Kosten von vielen leben, sondern der Wohlstand gerecht verteilt wird – das gilt auch für die Chancen auf Bildung. Wir setzen uns für eine Bildung ein, die soziale Benachteiligung nicht verschärft, sondern ausgleicht. Hier ist noch viel zu tun.

Emanzipatorische Bildung – eine Einleitung

Gleichheit ist ein politischer und insbesondere demokratischer Schlüsselbegriff, doch welche konkreten Maßnahmen und Zielvorstellungen mit dem Bekenntnis zu Gleichheit verbunden sind, ist umstritten. Geht es um Chancengleichheit, also darum, alle Menschen in ihren Rechten und Pflichten gleich zu behandeln und formal gleiche Bedingungen zu schaffen? Um den gleichen Zugang zu Gesundheit, Bildung und Beruf? Das klingt – gemessen an der sozialen Realität – einerseits radikal, andererseits ist eine solche Haltung auch mit einer Leistungsideologie vereinbar, der zufolge Macht- und Vermögensunterschiede vor allem Ergebnisse der unterschiedlichen Anstrengungen von Bürger*innen sind. Dabei wird eine fiktive Chancengleichheit an den Lebensbeginn gesetzt, die reale gesellschaftliche Ungleichheit unbeachtet lässt und damit rechtfertigt. Oder geht es bei Gleichheit auch um etwas anderes? Geht es um Verteilungsgerechtigkeit, also darum, dass allen Menschen gleichermaßen ein gutes und materiell abgesichertes Leben ermöglicht wird – unabhängig von ihrer Durchsetzungskraft und ihrem »Erfolg« im kapitalistischen Wettbewerb? Wir denken, ja – denn der Fokus auf rein formale Chancengleichheit greift in unseren Augen zu kurz und erinnert an das bekannte Bild von Affe, Elefant, Fisch und Vogel, die im Sinne einer »fairen« Beurteilung vor die gleiche Aufgabe gestellt werden (»Klettert auf den Baum!«).

Gerade im Bildungsbereich waren und sind Fragen von Gleichheit und Ungleichheit ein wichtiges Thema. In den späten 1960er und in den 1970er Jahren setzte auch in Österreich ein Prozess der gesellschaftlichen Modernisierung und Demokratisierung ein, der Chancengleichheit im Bildungssystem, inklusive gleichen Zugangs zu höherer Bildung, realisieren wollte. Auch Kinder aus Arbeiter- und Bauernfamilien sollten zum Beispiel Zugang zu einem Hochschulstudium erhalten, das bis dahin einer relativ schmalen Elite vorbehalten war. Der Anteil von Maturant*innen und Studierenden in der Gesellschaft war damals deutlich geringer und weite Teile

der Bevölkerung blieben de facto davon ausgeschlossen. Obwohl heute wesentlich mehr Menschen maturieren und studieren, hängt es nach wie vor vom Elternhaus ab, welche Schulen wie lange besucht werden und ob nach der Schule ein akademischer Weg eingeschlagen wird. Bildung bleibt also sozial selektiv.

Bereits in dem 2019 von uns herausgegebenen Buch *Warum Demokratie Bildung braucht*¹ konnten wir Beiträge aus Wissenschaft und Bildungspraxis versammeln, die nicht nur ein vielschichtiges Bild von Ungleichheit im Bildungswesen präsentierten, sondern auch die politischen Konsequenzen davon deutlich machten. Der Schwerpunkt lag also in der Frage, wie das Bildungssystem in seinen unterschiedlichen Bereichen politische Ungleichheiten verstärkt. Es wurde exemplarisch herausgearbeitet, was dagegen getan werden kann und warum egalitärer strukturierte Gesellschaften, unter partizipativen Aspekten betrachtet, auch demokratischer sind. In diesem Band, der sich als eine Fortsetzung des erwähnten Buches begreift, haben wir zusätzliche Bildungsbereiche miteinbezogen (zum Beispiel Erwachsenenbildung und Hochschulen) und explizit die Frage gestellt, wie eine emanzipatorische Bildung zu mehr Gleichheit beitragen kann.

Emanzipatorische Bildung – das ist ein Begriff aus den 1960er und 1970er Jahren, der heute nur mehr selten verwendet wird. Wir wollen nicht bruchlos an diese Jahrzehnte zurückliegenden Diskurse anschließen. Was aber meinen wir damit? Zunächst einmal darf sich emanzipatorische Bildung nicht in der Vermittlung von Wissen erschöpfen. Zu einem demokratischen und emanzipatorischen Bildungs- und Erziehungsprozess gehören auch die kritische Analyse der Gesellschaft und die Entwicklung von Perspektiven, um Wege aus den diagnostizierten Defiziten aufzuzeigen. Emanzipatorische Bildung fördert das Denken in Alternativen und stärkt die Partizipation, und zwar sowohl in Bildungsprozessen selbst als auch im Hinblick auf das gesellschaftliche und politische Leben außerhalb der Bildungsinstitutionen. Emanzipatorische Bildung bedeutet, Hierarchien zu hinterfragen (aber nicht unbedingt unterschiedliche Rollen und Aufgaben) und implizite wie explizite Aus-

1 Günther Sandner und Boris Ginner (Hg.), *Warum Demokratie Bildung braucht*, Wien, Berlin 2019.

schlusskriterien (wer kann mitentscheiden und wer nicht?) in den Blick zu nehmen.

Emanzipation als Bildungsziel heißt, die Fähigkeiten und Bereitschaft von Menschen zu fördern, sich aus Abhängigkeiten zu befreien. Damit wird verhindert, dass Bildung in den Dienst parteipolitischer Interessen gestellt wird oder im Sinne einer Ökonomisierung ausschließlich oder vorrangig unter dem Gesichtspunkt wirtschaftlicher Verwertungsinteressen funktioniert. Emanzipatorische Bildung ist solidarisch und gemeinschaftlich orientiert, sie zielt nicht auf das Trainieren individueller Nutzenmaximierung ab.

Emanzipatorische Bildung muss heute freilich auch Themen behandeln, die in den 1960er und 1970er Jahren zwar längst existierten, aber nicht in derselben Intensität auf der politischen Agenda standen. Dazu zählen Fragen der gesellschaftlichen Inklusion von Menschen mit Migrationshintergrund. Eine nichtdeutsche Alltagssprache, die Herkunft aus einem bildungsfernen Haushalt, ein niedriger Berufsstatus der Eltern – das alles sind (nicht erst) heute ausschlaggebende Faktoren dafür, Bildungspotenziale und Lebenschancen nicht realisieren zu können. Bildung wird vererbt und die intergenerationale Bildungsmobilität ist relativ gering. Dass von diesen Zusammenhängen Menschen mit Migrationshintergrund besonders stark betroffen sind, ist unumstritten.

Noch eine Bemerkung zu unserem Verständnis von emanzipatorischer Bildung: Trotz einer langen und zum Teil sicherlich berechtigten Kritik am »herrschenden« Wissenschaftsbetrieb, die auch in der Tradition emanzipatorischer Bildung eine große Rolle gespielt hat, muss Bildung selbstverständlich wissenschaftsbasiert sein. Sie hat zur kritischen Auseinandersetzung mit Wissenschaft beizutragen – allerdings auf der Basis wissenschaftlicher Kriterien. Gerade in Zeiten der Klimakrise und der aktuellen COVID-19-Pandemie ist die Unterscheidung zwischen in der Gesellschaft existierenden, kontroversen Meinungen und Anschauungen und wissenschaftlicher Expertise von großer Bedeutung. Dafür zu sensibilisieren ist eine wichtige Aufgabe von Bildung.

Auch wenn wir emanzipatorische Bildung als wichtiges Instrument ansehen, um Wege aus der sozialen Ungleichheit zu finden und zu beschreiten, bedeutet es nicht, dass wir den Bildungs-

bereich isoliert und als den Schlüssel zur Lösung dieses Problems betrachten. Wir folgen nicht dem »Mythos einer Bildungsmeritokratie« und wissen, dass eine »sich vertiefende Kluft zwischen Arm und Reich« »durch Bildung nicht zu schließen« ist, denn »dazu bedarf es der Umverteilung von Arbeit, Einkommen und Vermögen.«² Armut verhindert Bildung, aber Bildung nicht unbedingt Armut, wie etwa an zahlreichen prekär beschäftigten oder arbeitslosen Akademiker*innen zu erkennen ist.

Auch bei formal gleichem Zugang zu Bildung existiert ein nur schwer einzuholender Wettbewerbsvorteil für jene, die in bildungsaffinen Familien und Verhältnissen sozialisiert worden sind. Kinder aus akademisch geprägten Elternhäusern bringen viel eher jene Eigenschaften, Verhaltensweisen, Kenntnisse, Fertigkeiten und sprachliche Ausdrucksmöglichkeiten mit, die für eine erfolgreiche Bildungskarriere förderlich sind. Von der Kulturosoziologie Pierre Bourdieus bis zur Elitesoziologie Michael Hartmanns sind solche Zusammenhänge immer wieder theoretisch wie empirisch herausgearbeitet worden.

Beginnend mit einer grundsätzlichen, empirisch gestützten Betrachtung zu Bildungsungleichheit und Demokratie (Martina Zandonella) werden in diesem Buch verschiedene Bildungsbereiche einer genaueren Analyse unterzogen: die Erwachsenenbildung (Sonja Luksik), die gewerkschaftliche Bildung (Pia Lichtblau und Sabine Letz), die Jugendarbeit (Ilkim Erdost), die duale Lehrausbildung (Stefan Bartl und Armina Pramenkovich), die Hochschule (Günther Sandner) und die »klassische« Schule (Philipp Schnell und Barbara Rothmüller sowie Verena Hohengasser, Simone Peschek und Felix Stadler).

Im Weiteren werden zentrale Themen von Bildungsungleichheit herausgegriffen: der Zusammenhang von Bildungsmobilität, demokratische Partizipation und Migration (Gerd Valchars und Judith Kohlenberger), das Thema Bildung und Geschlecht (Stefanie Göweil) und die soziale Funktion von Scham und Beschämung (Laura Wiesböck).

2 Christoph Butterwege, *Bildungsaufstieg – Realität, Utopie und/oder Ideologie?*, in: Julia Reuter/Markus Gamper/Christina Möller/Frerik Blome (Hg.), *Vom Arbeiterkind zur Professur. Sozialer Aufstieg in der Wissenschaft. Autobiographische Notizen und soziobiographische Analysen*, Bielefeldt 2020, S. 89–101, hier S. 90.

Ferner wird die Bedeutung eines emanzipatorischen Konzeptes für die politische Bildung herausgearbeitet (Boris Ginner) und die Frage nach dem Zusammenhang von Sozialstaat und emanzipatorischer Bildung behandelt (Susi Haslinger).

Den Abschluss bildet eine aktuelle Betrachtung, nämlich die Frage, ob im Zuge der COVID-19-Pandemie bestehende Defizite nicht nur verstärkt werden, sondern ob daraus nicht eine veritable Bildungskrise folgen könnte (Gabriele Pessl und Mario Steiner).

Wir hoffen jedenfalls, mit diesen Beiträgen einen vielgliedrigen Anstoß dafür geben zu können, Bildung mit Gesellschaftskritik und Gesellschaftsveränderung zu verbinden.

Wie schon im ersten Band, *Warum Demokratie Bildung braucht*, bildet *Emanzipatorische Bildung* die Grundlage für eine Ring-Vorlesung an der Universität Wien, bei der die Beitragenden zum Buch jeweils eine Vorlesungseinheit bestreiten werden.

Wie viel (Bildungs-)Ungleichheit verträgt die Demokratie?

Demokratie ist weit mehr als eine Regierungsform, sie ist eine Form des Zusammenlebens, die auf Gleichheit, Freiheit und Solidarität beruht. Demokratie verspricht, dass wir alle an gesellschaftlichen Errungenschaften teilhaben und uns an der politischen Gestaltung unserer Lebensumstände beteiligen können. Demokratie lebt mit Bürger*innen, die demokratische Grundhaltungen teilen und als politisch Gleiche an gesellschaftlichen Entscheidungen teilnehmen. Eng verbunden ist diese Idee von Demokratie mit einem Ideal von Bildung: Nicht nur Wissen und Kompetenzen sollen erworben werden, sondern auch demokratische Haltungen sowie ein Verständnis dafür, öffentliche Angelegenheiten als die eigenen zu begreifen und gemeinsam zu handeln. In diesem Sinn gilt Bildung als Mittel zu persönlicher Selbstbestimmung, kollektiver Befreiung und als ein Stützpfeiler der Demokratie.

»Der Reiz der Demokratie liegt in ihrem Anspruch an und auf Gleichheit.«¹

Diesen Schluss zieht der Politikwissenschaftler John Dunn, nachdem er in seinem Buch *Setting the people free* die Geschichte der Demokratie erzählt – von ihren Anfängen vor nahezu 2500 Jahren über ihre Wiederentdeckung im 18. Jahrhundert und ihren Siegeszug nach dem Zweiten Weltkrieg bis in unsere Gegenwart. Es ist also das Versprechen auf gleiche Rechte und gleiche Teilhabe, welches bis heute so viele Menschen von der Demokratie überzeugt – und bei dessen Umsetzung wir nach wie vor an zahlreiche Grenzen stoßen. Dabei ist die Geschichte der Demokratie eine des Erfolgs: Immer mehr Bevölkerungsgruppen wurden als politisch

1 John Dunn, *Setting the people free. The story of democracy*, Princeton 2019, S. 170.

Gleiche anerkannt und haben Beteiligungsrechte erhalten. Nicht übersehen werden darf dabei jedoch, dass diese Berechtigungen nie großzügig verteilt wurden, im Gegenteil, sie mussten stets erkämpft werden² – vom Bürgertum gegenüber dem Adel, von den Arbeitern gegenüber dem Bürgertum, von den Frauen gegenüber den Männern. Auch heute sind in Österreich noch Teile der Bevölkerung von politischer Mitsprache ausgeschlossen: Bei der Wiener Landtags- und Gemeinderatswahl im Oktober 2020 durfte nahezu ein Drittel der Wiener*innen aufgrund ihrer ausländischen Staatsbürgerschaften nicht wählen.³

Hinzu kommt, dass mit Demokratie und Kapitalismus zwei Systeme mit grundlegend verschiedenen Voraussetzungen aufeinandertreffen: Während Kapitalismus auf der ungleichen Verteilung von Eigentum gründet und beständig ökonomische Ungleichheit hervorbringt, basieren demokratische Systeme auf gleichen Rechten und gleicher Teilhabe.⁴ Ökonomische Ungleichheit prägt also jene Lebensumstände, die unter politisch Gleichen gestaltet werden sollen. Und ökonomische Ungleichheit ist in Österreich bereits seit einiger Zeit auf dem Vormarsch: Seit den 1980er Jahren steigen Arbeitslosigkeit und atypische Beschäftigungsverhältnisse an; einen Arbeitsplatz zu finden oder langfristig zu behalten wurde insgesamt schwieriger. Im Vergleich zu unselbständigen Einkommen sind Unternehmens- und Vermögenserträge überproportional angestiegen, bei den Einkommen haben wiederum die höheren weitaus stärker zugelegt als die niedrigeren. Im selben Zeitraum wurde der Zugang zu sozialen Sicherungsleistungen erschwert und deren Höhe reduziert.⁵ Noch einmal ungleicher verteilt als Einkommen

2 Stephan Lessenich, *Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem*, Stuttgart 2019.

3 Statistik Austria, *Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit und Geburtsland*, Wien 2020. Online verfügbar unter: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung_nach_staatsangehoerigkeit_geburtsland/index.html.

4 Lea Elsässer, *Wessen Stimme zählt? Soziale und politische Ungleichheit in Deutschland*, Frankfurt a. M. 2018.

5 AMS, *Arbeitsmarktdaten*, Wien 2020. Online verfügbar unter: <https://www.ams.at/arbeitsmarktdaten-und-medien/arbeitsmarkt-daten-und-arbeitsmarktforschung/>. Sozialministerium, *BALI-Datenbank*, Wien 2020. Online verfügbar unter: <https://www.dnet.at/bali/><https://www.dnet.at/bali/>. Wilfried Altzinger/Stefan Humer/Mathias Moser, *Entwicklung und Verteilung der*

ist in Österreich Vermögen: Das reichste Prozent der Menschen besitzt inzwischen 41 Prozent des gesamten Nettovermögens, die untere Hälfte lediglich 3 Prozent.⁶

Diesen und ähnlichen Entwicklungen folgend, setzt der Soziologe Oliver Nachtwey anstelle des Aufzugs der 1950er bis 1980er Jahre nun das Bild der Rolltreppe: Der Aufzug charakterisierte eine Zeit, in welcher ökonomische Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen zwar nicht verschwanden, es jedoch für die meisten Menschen aufwärts ging.⁷ Seit Beginn der 1990er Jahre wurde der Aufzug nicht nur von einer Rolltreppe abgelöst, diese hat in den unteren und mittleren Etagen der Gesellschaft auch noch die Richtung geändert. Dabei sind die Menschen nicht scharenweise abwärts unterwegs. Immer mehr von ihnen sind jedoch dazu gezwungen, gegen die Rolltreppe anzulaufen, um einen Abstieg zu verhindern.⁸ Aktuell verschärft die Corona-Pandemie diese Entwicklungen und die damit einhergehende Prekarisierung von Bildungs-, Arbeits- und Lebensbiografien schreitet weiter voran.

Wie steht es unter diesen Bedingungen um die politische Gleichheit? Der demokratischen Idee entsprechend darf die gesellschaftliche Position der Menschen – ihr Einkommen und Vermögen, ihr formaler Bildungsstand und Beruf – keine Rolle für ihre politische Beteiligung spielen. Die Forschung weist jedoch bereits seit längerem darauf hin, dass sozioökonomische Ungleichheit die Teilhabe an der politischen Gestaltung der Lebensumstände behindert. So ist die Wahlbeteiligung umso geringer, je höher die ökonomische Ungleichheit in einem Land ist, und vielfach sinkt die Wahlbeteiligung mit zunehmender Ungleichheit. Dabei beteiligen sich die Men-

Einkommen, in: Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (Hg.), *Sozialbericht*, Wien 2020, S. 227–268; Käthe Knittler, *Atypische Beschäftigung im Jahr 2015 und im Verlauf der Wirtschaftskrise*, in: *Statistische Nachrichten* 6 (2016), S. 416–422.

- 6 Benjamin Ferschli/Jakob Kapeller/Bernhard Schütz/Rafael Wildauer, *Bestände und Konzentration privater Vermögen in Österreich*, in: *Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft* 167 (2017). Online verfügbar unter: https://media.arbeiterkammer.at/wien/PDF/wirtschaftswissenschaften/Bestaende_und_Konzentration_privater_Vermoegen_in_Oesterreic.pdf.
- 7 Ulrich Beck, *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt a. M. 1986.
- 8 Oliver Nachtwey, *Die Abstiegsellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*, Berlin 2016.